

**Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses**

Protokoll

58. Sitzung (nicht öffentlich)

5. Dezember 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7500 und 11/7970

hier: Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen

Das Ergebnis der Beratungen ist im einzelnen der Vorlage 11/3400 zu entnehmen. Im Diskussionsteil sind nur noch die Wortbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen. Die laufenden Nummern beziehen sich auf die in Vorlage 11/3400 festgelegte Reihenfolge.

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
ls-lg

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/7500 und 11/7970

hier: **Stellenpläne und Personalansätze aus allen Einzelplänen**

Der Unterausschuß "Personal" befaßt sich abschließend mit den Personalausgaben im Haushaltsplanentwurf 1995.

Die Anträge, Antragsbegründungen sowie die Abstimmungsergebnisse des Unterausschusses sind der Vorlage 11/3400 zu entnehmen.

Im folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

**Zu: 03/05 - Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten**

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) bemängelt, daß von der CDU-Fraktion kein entsprechender Deckungsvorschlag unterbreitet worden sei.

Der Vorsitzende unterstreicht, bei diesem Antrag werde in drei Abschnitten vorgegangen. Im ersten Jahr würden 8 Millionen DM erforderlich. Die Deckung ergebe sich aus dem Gesamtplan. Die CDU-Fraktion sei sich auch bewußt, daß die Folgekosten in den nachfolgenden Jahren auf Dauer aufträten.

Abgeordneter Schittges (CDU) ergänzt, die Zahlen seien im Innenausschuß genannt worden.

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
Is-Ig

**Zu: 05/07 - Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam
Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen**

Abgeordneter Schittges (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion könne zwar der Erhöhung des Ansatzes zustimmen, jedoch nicht der Erläuterung.

Auf eine entsprechende Frage des **Vorsitzenden** erläutert **LMR Dr. Bröcker (KM)** zum Titel "Vergütungen für Aushilfen", nach dem Sonderschulkapitel könnten Mittel im Umfang von 150 Stellen für Sonderunterricht verwendet werden. Die vorgesehenen 10,9 Millionen DM seien in der Praxis jedoch nicht vollständig abgeflossen. Für eine bessere Verwendung der bereitgestellten Mittel werde der Zufließvermerk bei dem allgemeinen Titel "Geld statt Stellen" angebracht, um zu sichern, daß die nicht benötigten Mittel diesem allgemeinen Titel im Rahmen des Gesamtkonzepts "Geld statt Stellen" zugute kämen.

**Zu: 05/14 - Kapitel 05 320 - Öffentliche Hauptschulen
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten**

Mit diesem Antrag, legt **Abgeordneter Trinius (SPD)** dar, werde eine Teildeckung der geforderten zusätzlichen Stellen für Sonderschulen und Grundschulen angestrebt, indem beim Stellenzuschlag für Fortbildung und Weiterbildung von Lehrern 35 Stellen einen kw-Vermerk erhielten.

Aufgrund der Bitte des **Vorsitzenden**, an dieser Stelle einmal das Gesamtkonzept der SPD-Fraktion vorzutragen, führt **Abgeordneter Trinius (SPD)** aus, es gehe um 561 zusätzlich ausgebrachte Stellen. Die Deckung solle durch Maßnahmen im Einzelplan 05 erfolgen. Eine der Maßnahmen bestehe in der Reduzierung der Stellenreserve an Gymnasien auf ebenfalls 1 %, was 251 Stellen erbringe, die einen kw-Vermerk erhielten.

Eine weitere Maßnahme betreffe die jetzt behandelten Stellen für Lehrerfort- und -weiterbildung. 210 Stellen würden teilweise direkt abgesetzt beziehungsweise mit einem kw-Vermerk versehen. Darüber hinaus solle der Einstellungskorridor für

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
ls-lg

Gymnasien von 300 auf 200 Stellen reduziert werden. Beim Absetzen von Stellen sollten aber die Sonder- und Grundschulen nicht betroffen sein.

Auf eine entsprechende Frage des Vorsitzenden bestätigt **LMR Dr. Bröcker (KM)** die fachliche Stringenz und Richtigkeit des Konzepts.

Zu: 05/30 - Kapitel 05 440 - Öffentliche Kollegschulen

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung habe diesen Vermerk wieder beschlossen, nachdem nach mehreren Jahren erstmals die Landesregierung in ihrem Entwurf diesen Haushaltsvermerk nicht mehr vorgesehen gehabt habe, erläutert **LMR Dr. Bröcker (KM)**.

**Zu: 07/01 - Kapitel 07 010 - Ministerium
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten**

Zu dem vom **Abgeordneten Walsken (SPD)** geäußerten Unverständnis über das Abstimmungsverhalten des Vertreters der **GRÜNEN**, erklärt **Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE)**, da er gegen die Ausbringung eines qualifizierten Sperrvermerks sei, habe er entsprechend abgestimmt.

Das Parlament habe aber diesen qualifizierten Sperrvermerk beschlossen, betont **Abgeordneter Walsken (SPD)**. Deshalb hätte von den **GRÜNEN**, wenn sie dagegen seien, ein Antrag auf Aufhebung dieses Sperrvermerks gestellt werden müssen.

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
ls-lg

**Zu: 12/08 - Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter
Titel 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst**

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) begründet die Stimmenthaltung seiner Fraktion mit einem weitergehenden Antrag, den die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Plenum vorlegen werde.

**Zu: 12/09 - Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter
Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten**

Der **Vorsitzende** berichtet von einem vor der Sitzung geführten Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft. Er habe diesem mitgeteilt, was der Unterausschuß beraten habe. Bekräftigt werden sollte, daß es eine Lösung für die Personen geben werde, deren Arbeitsverträge mindestens sechsmal verlängert worden seien, und für "Sonderfälle".

Nach seinem Eindruck von einem Gespräch am Rande der 75-Jahr-Feier der Oberfinanzdirektion Düsseldorf existierten leichte atmosphärische Störungen zwischen Hauptpersonalrat, Steuergewerkschaft und Finanzministerium, meint **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)**. Der Finanzminister berufe sich auf das Haushaltsgesetz, das es ihm ermögliche, im Frühjahr in konkreten Fällen helfen zu können. Anders sehe es hingegen in den Finanzämtern aus, weil den Beschäftigten mit mehrjährigen Kettenverträgen eine Verlängerung der auslaufenden Verträge nicht zugesagt werden könne, was dort Unruhe ausgelöst habe. Nunmehr gehe es darum, wie eine gewisse Sicherheit bezüglich der Hilfe des Finanzministers vermittelt werden könne. Sichere der Finanzminister in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 8. Dezember 1994 zu, dieses Problem zu lösen, ohne Kündigungen auszusprechen, könnte der Ausschuß politisch zufrieden sein und seine Fraktion diesen Antrag zurückziehen. Da aber diese Aussage noch nicht getroffen worden sei, habe die F.D.P.-Fraktion den vorliegenden Antrag gestellt.

Hierzu erinnert **Abgeordneter Walsken (SPD)** an die Aussage des Vertreters des Finanzministeriums, wonach es dem Finanzministerium möglich sei, diesen Personen-

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
Is-Ig

stamm ohne Ausweitung des Stellenplans und ohne Kündigung zu halten. Er schlage vor, im HFA den Finanzminister um eine entsprechende politische Aussage zu bitten und so lange die Beschlußfassung über diesen Antrag zurückzustellen.

Mit diesem Vorschlag erklärt sich **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)** einverstanden.

Unabhängig von einer politischen Absichtserklärung existierten gewisse Zwänge, betont **Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE)**. Im Interesse der Beschäftigten halte er es nicht für ausreichend sicher, wenn der Finanzminister hierzu im Haushaltsausschuß lediglich eine Erklärung abgebe. Vielmehr sei die Einrichtung solcher Stellen notwendig. Im übrigen gebe es keinen Streit darüber, daß diese Angestellten benötigt würden.

Der **Vorsitzende** entgegnet, er habe keinen Zweifel daran, daß eine entsprechende Erklärung des Finanzministers vor dem Finanzausschuß auch umgesetzt werde.

Es bleibe aber das Problem bestehen, betont **Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE)**, daß Betroffene, die nicht genau wüßten, ob ihre Stelle für sie erhalten werde, sich "freiwillig" nach einer anderen Beschäftigung umsähen. Er hielte eine förmliche Einrichtung dieser Stellen für besser, weil damit die bestehende Unsicherheit beseitigt werde und dies im Endeffekt auch keine Personalausweitung bedeute.

Nach Auffassung des **Abgeordneten Wickel (F.D.P.)** kann im Haushalts- und Finanzausschuß am kommenden Donnerstag über diese Problematik gesprochen werden. Werde dort Einigkeit erzielt, daß über § 7 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes ein Lösungsansatz existiere, werde dieses Problem, was ansonsten Mitte des nächsten Jahres relevant würde, auf diese Weise gelöst.

Auch **Abgeordneter Harms (SPD)** spricht sich dafür aus, diese Frage abschließend in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zu behandeln, und meint, werde dieses Problem nicht gelöst und komme es zu Prozessen, könne sich jeder vorstellen, daß dann doch entsprechende Stellen eingerichtet werden müßten.

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
Is-Ig

Abschließend erklärt **MR Hollender (FM)**, der Finanzminister habe das wohlwollende Votum des Finanzausschusses zur Kenntnis genommen, dieses Problem nach § 7 Abs. 5 zu lösen. Im nächsten Jahr wisse das Ministerium genau, wie viele Anwärter übernommen werden müßten, während heute diese Zahl nur geschätzt werden könne.

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Nach der vom Gutachterdienst zu den ausgebrachten neuen Stellen erbetenen Vorlage ergebe sich, hebt **Abgeordneter Walsken (SPD)** hervor, daß zahlreiche Stellen, die bei den Neuzugängen als Beamtenstellen geführt werden sollten, auch als Angestelltenstellen ausgewiesen werden könnten. Vielleicht könne sich der Ausschuß darauf verständigen, all diese Stellen pauschal in Angestelltenstellen umzuwandeln.

Zunächst sollte die Klärung der Frage abgewartet werden, meint **Abgeordneter Wickel (F.D.P.)**, ob Beamte oder Angestellte teurer seien, um sich nicht hinterher dem Vorhalt ausgesetzt zu sehen, das Parlament habe sich für das teurere Modell entschieden.

ORR Donath (Landtag) verweist auf das Problem, daß etwa für den Bibliotheksdienst eine Beamtenausbildung für die Anwärter laufe und geprüfte Anwärter übernommen werden müßten. Diesbezüglich erscheine nur eine langfristige Lösung dahingehend mit der Festlegung möglich, künftig sollten Mitarbeiter im Bibliotheksdienst nur noch als Angestellte eingestellt werden, was zunächst eine Reduzierung der Anwärterstellen erfordere. Ähnlich sehe es teilweise bei den ADV-Mitarbeitern aus, weil das LDS den geprüften Beamten des gehobenen Dienstes eine Ausbildung ermögliche, die an der Fachhochschulausbildung anschließe. Aus diesen Gründen dürfe eine kurzfristige Regelung noch für den Haushalt 1995 nicht möglich sein.

Mit dem Beispiel der Privatisierung im Bundesbereich verweist der **Vorsitzende** darauf, daß es Fachhochschulgesetze für den Bundesdienst gebe. Diese Fachhochschulen seien wegen der Privatisierung aber auf einmal zu groß beziehungsweise würden nicht mehr benötigt. Werde zu schnell gehandelt und würden die Auswirkungen nicht nach allen Seiten bedacht, entstünden viele Probleme.

Unterausschuß "Personal"
58. Sitzung

05.12.1994
ls-lg

Neben dem Finanzaspekt gebe es noch den rechtlichen Aspekt, stellt **Abgeordneter Walsken (SPD)** fest. Nach dem Grundgesetz sei lediglich der hoheitliche Bereich für Beamte vorgesehen. Die Gewerkschaften hielten der Politik ständig vor, zu viele Stellen als Beamtenstellen auszuweisen. Er schlage vor, den Ministerien mitzuteilen, der Ausschuß habe sich mit dieser Frage befaßt. Die Ministerien sollten bis zur HFA-Sitzung prüfen und mitteilen, wie sie zur Umwandlung von Beamtenstellen in Angestelltenstellen - sofern es sich nicht um hoheitliche Stellen handele - stünden. Er wolle den Vorwurf der Berufsverbände nicht jahrelang unbeachtet lassen. Deshalb sollte wenigstens bei der Einrichtung neuer Stellen geprüft werden, in welchen Fällen eine Umwandlung in Angestelltenstellen möglich erscheine.

Abgeordneter Schittges (CDU) äußert sich zurückhaltend zu dem Vorschlag, eine entsprechende Umwandlung unbedingt noch im Haushalt 1995 umsetzen zu wollen, zumal bereits die Flexibilität bestehe, Angestellte auf Beamtenstellen zu beschäftigen.

Nach der Schlußabstimmung bedankt sich der **Vorsitzende** im Namen des Ausschusses beim Gutachterdienst für die hervorragende Unterstützung der parlamentarischen Arbeit.

gez. Bensmann
Vorsitzender

13.03.1995 / 28.03.1995
240